

# Abschwung oder Absturz?

## Krisenpotentiale und Krisenkosten in der Weltwirtschaft

### Inhalt

- Vorwort
- USA: Nach dem Boom
- Crash-Kurs der Automobilindustrie
- Euro-Zug: Ohne Lok auf Talfahrt
- Japan: Kein Ausweg aus der Krise?
- Tiger auf wackeligen Beinen
- Lateinamerika – mit dem Latein am Ende?
- Die Weltfinanzmärkte verschärfen die realwirtschaftliche Krise
- Diese Art des Wirtschaftens kommt der Natur und der Menschheit zu teuer

### Herausgeber:

isw\_institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

### Bestellung:

isw\_institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.  
Johann-von-Werth-Str. 3  
80639 München

Tel. 089-130041

Fax: 089-1689415

eMail: [isw\\_muenchen@t-online.de](mailto:isw_muenchen@t-online.de)

Schutzgebühr: DM 6,- (plus Versandkosten)

Nachfolgend sind zwei Kapitel des isw-Reportes abgedruckt:

- USA: Nach dem Boom
- Diese Art des Wirtschaftens kommt der Natur und der Menschheit zu teuer

Conrad Schuhler

## USA: Nach dem Boom

### 1. Der Boom ist zu Ende

Das fast zehnjährige Wachstum der US-Konjunktur ist zum Stillstand gekommen. Im 4. Quartal 2000 betrug der Zuwachs noch ganze 1,1 % (BEA-Bureau of Economic Analysis, 28.2.01 – www.bea.doc.gov). Im Januar 2001 musste dann Notenbankchef Alan Greenspan vor dem Budget-Ausschuss des US-Senats feststellen, die USA hätten "eine sehr dramatische Abschwächung erlebt, die wahrscheinlich sehr nahe an ein Nullwachstum herankommt" (International Herald Tribune, 26.1.01). Tatsächlich waren die USA in ihrem wirtschaftlichen Kern, der Industrieproduktion, schon über die Null hinaus. Der schrumpfte nämlich im selben Monat bereits um 0,3 % (Financial Times Deutschland, 19.2.01).

Die Trendwende fand Mitte des vergangenen Jahres statt. Im zweiten Quartal 2000 betrug das Wachstum noch 5,6 %, im dritten fiel es auf 2,99 %. Der Knick war zunächst vor allem dem Rückgang der Neuinvestitionen geschuldet, die sich schon damals der Null näherten. Rasant wurde die Talfahrt, als unmittelbar darauf der private Verbrauch sich drastisch reduzierte.

Vom wirtschaftlichen Niedergang sind alle Bereiche erfasst:

- Der private Verbrauch, für über zwei Drittel des Bruttoinlandsprodukts verantwortlich und damit der entscheidende Nachfragefaktor, sank von der Wachstumsrate 7,6 % im ersten Quartal 2000 auf 2,8 % im letzten (BEA, a.a.O.). Seitdem ist das Verbrauchervertrauen weiter geschwunden und kam im Januar auf dem niedrigsten Stand seit 1990 an. Im Februar sank das Vertrauen der Verbraucher um weitere 6 % (Handelsblatt, 1.3.01)

- Die Unternehmensgewinne, die in den ersten beiden Quartalen 2000 um jeweils 10 % nach oben schossen, sind seit dem 3. Quartal 2000 rückläufig (BEA, a.a.O.). Vor allem beim Zugpferd der entschwundenen Konjunktur, der IT-Industrie, hagelt es Gewinnwarnungen. Alle Großen wie Cisco, Nortel oder Hewlett-Packard, mussten sich, zum Teil dramatisch, nach unten korrigieren.

- Die Investitionstätigkeit – im zweiten Quartal 2000 mit einem Wachstum von 21,7 % der dynamischste Faktor – drehte im vierten Quartal in ein stattliches Minus von 3,7 % (BEA, a.a.O.). Korrespondierend mit dem Rückgang von Investitionen und Produktion ist die Auslastung der Industriekapazität von August 2000 (82,6 %) bis Januar 2001 (80,2 %) kontinuierlich zurückgegangen. Die Zahl der Arbeitsstunden hat um 6,6 Prozent abgenommen (HB, 8.2.01).

- Der Jobmotor kommt ins Stottern, im Januar 2001 stieg die Arbeitslosigkeit auf 4,2 % (Süddeutsche Zeitung, 3.2.01). Im Vormonat hatte die Quote noch bei 4,0 % gelegen, doch hatten damals bereits 316.000 Personen einen Erstantrag auf Arbeitslosenunterstützung gestellt, 12.000 mehr als noch im November. Die Zahl der Erstanträge wächst Monat für Monat, jedes Quartal macht nun über eine Million US-Bürger mehr die für sie

neue Erfahrung der Arbeitslosigkeit. Im Januar kündigten Industrieunternehmen aus New und Old Economy – darunter Lucent, Worldcom, Motorola, DaimlerChrysler, General Motors, Ford – innerhalb weniger Tage die Entlassung von 150.000 Beschäftigten an (Wirtschaftswoche, 18.1.01; FTD, 1.2.01).

- Mit einem großen Knall ist die Spekulationsblase an den US-Börsen geplatzt. Am Neuen Markt fielen die Nasdaq-Werte seit März 2000 um 40 Prozent oder 2,6 Billionen Dollar. Am traditionellen New York Stock Exchange kam es zu einem Rückgang von 13 Prozent, was 2 Billionen Dollar entsprach (HB, 21.2.2001). War die anhaltende Hausse der Dynamo des früheren Wachstums, so sorgt die Baisse jetzt für die Dynamik nach unten.

isw-grafik bb

### 2. New Economy – aber alter Krisenzyklus

So wie die Implosion des Realsozialismus die philosophischen Ideologen des Kapitalismus das "Ende der Geschichte" ausrufen ließ, seine ungefährdete, immerwährende Dominanz, so veranlasste die ein Jahrzehnt anhaltende US-Konjunktur die ökonomischen Propagandisten, vom Ende der zyklischen Wirtschaftskrisen und vom Boom ohne Ende zu träumen. Die Informationstechnologie mit ihren Produktivitätsexplosionen und langfristigen Rationalisierungskapazitäten habe das von Marx aufgestellte Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate, der wesentlichen Ursache der unvermeidlich zyklisch wiederkehrenden kapitalistischen Krise, außer Kraft gesetzt. Angesichts des Einbruchs muss nun ein Kapitalprofi wie Stephen S. Roach, Chefvolkswirt der Investmentbank Morgan Stanley Dean Witter, von der "ersten Rezession des Informationszeitalters" sprechen (FTD, 1.2.01).

Tatsächlich war es die langfristige und vehemente Börsenhausse, die die krisenauslösenden Faktoren eine Weile aufhalten konnte, ohne sie aber aus der Welt schaffen zu können. Im Gegenteil – je länger die Hausse ihre Wirkung entfaltete, um so gewaltiger wurde das Krisenpotenzial für den unvermeidlichen Tag X. Augenfällig zeigt sich dies an dem Krisenfaktor, den die marxistische Theorie für den herausragenden hält, nämlich die beschränkte Konsumtionskraft der Massen. Dass die kaufkräftige Nachfrage der Massen nicht ausreicht, das wirtschaftliche Gesamtprodukt am Markt abzusetzen, ergibt sich aus dem Widerspruch zweier Tendenzen, die dem Kapital gleichzeitig innewohnen: einmal will es die Produktion schrankenlos ausweiten, zum anderen aber will es seine Kosten minimieren, Löhne und Gehälter – nichts anderes als die Kaufkraft der Massen – so tief wie möglich drücken.

Dazu im Widerspruch schien die über Jahre ungebremste Konsumtionskraft der US-Bürger zu stehen, die auf hohem Niveau immer noch zulegten. Sie taten dies, obwohl ihre Löhne und Gehälter weit hinter den Wachstumsraten von Produktion und Produktivität zurückblieben. Von 1973 bis 1996 stieg die Produktivität pro Arbeitsstunde um 26,4 Prozent, die Reallöhne pro Arbeitsstunde hingegen nur um 1,8 Prozent (vgl. Richard D. Wolff, Boom ohne Ende? In: Kapitalismus im XXI. Jahrhundert. isw-report 43, S. 15). Woher also rührte die gewaltige Konsumtionskraft? Des Rätsels Lösung: die US-Konsumenten konnten dank der spezifischen Hausse-Bedingungen ihre kaufkräftige Nachfrage für eine Weile – aber eben nicht auf Dauer! – von ihren Löhnen und Gehältern abkoppeln. Zum einen haben sich die Konsumenten im Vertrauen auf den anhaltenden Aufschwung in einem gewaltigen Maß verschuldet. Während das mittlere Familieneinkommen von 1989 bis 1998 fast gleich blieb (es stieg von 32.800 \$ pro Jahr auf 33.300 Dollar – Medianwerte), sprang die mittlere Verschuldung von 19.200 \$ auf 33.400 Dollar (U.S. Federal Reserve, Survey of Consumer Finances. Bei: Richard D. Wolff, a.a.O.). Zum anderen haben die US-Bürger seit Anfang der Neunziger ihre Sparquote von damals über 8 % kontinuierlich fallen lassen, bis sie dann im zweiten Halbjahr 2000, als das Börsenfeuerwerk verpufft war und die Schulden heftig zu drücken begannen, mit dem "Entsparen" anfangen (BEA, a.a.O.). Selbst der gedrosselte Konsum wird also zum Teil schon aus der Substanz finanziert, und es ist abzusehen, wann dies an seine Grenzen stößt.

Auch der sogenannte "Wohlstandsfaktor", der den Luxuskonsum antrieb, ist ein direktes und damit kurzlebiges Kind der Börsenhausse. Allein in den Jahren 1998/99 haben die rund 100.000 Einkommensmillionäre des Landes eine Billion Dollar an Kapitalgewinnen eingestrichen (Die Zeit, 19.4.00). Der heftige Umsatz an Nobel- und Geländewagen, Zweit- und Ferienwohnungen, Edelgastronomie u.ä. geht vor allem auf ihr Konto. Dies wird jetzt, in den Zeiten der Baisse, etwas weniger prall gefüllt.

In der Hausse hatten die Unternehmer aber nicht nur keine Sorgen über den Absatz, sie konnten auch in einem nie gekannten Maß ihre Kosten minimieren. So fanden viele Firmen Zugang zu neuem Kapital, ohne dafür zu bezahlen, da sie keine Kredite bei den Banken aufnehmen mussten, sondern einfach ihr Aktienkapital aufstockten (Richard D. Wolff: The US-Economy in 2001. Manuskript). Die Nachfrage war da: Im Vertrauen auf

den ewigen Aufschwung haben die Privatanleger Aktien im Wert von 300 Milliarden Dollar auf Kredit finanziert (HB, 3.5.00). Bis zu 50 Prozent des Depotwerts kann von Banken oder Brokern beliehen werden. Sackt der Wert der kreditierten Aktie um 25 %, besteht Nachschusspflicht, andernfalls veräußern Broker oder Bank Papiere im entsprechenden Wert. So können Anleger in der Baisse sehr schnell um den Großteil ihrer Bestände kommen. Weiß man, dass Bezieher von Jahreseinkommen bis zu 50.000 Dollar in der Regel rund 12.600 Dollar an Aktienvermögen aufwiesen (DAI-Factbook 2000, Median-Wert), dann kann man sich vorstellen, dass die Zahl der Aktienbesitzer in dieser Einkommensklasse mittlerweile außerordentlich geschrumpft ist. Sie hatten ihre Schuldigkeit ja auch getan, nämlich den Aufschwung von Brokern, Banken und Aktiengesellschaften mitzufinanzieren.

Für die Unternehmen stand nicht nur der profitable Weg der Neuausgabe von Aktien offen, sie konnten in der Hausse auch leicht an Kredite kommen. Die sogenannten Wagnis-Kapital-Kredite in der Informationstechnologie stiegen in den Jahren 98/99 von 29 Milliarden auf 65 Milliarden Dollar. Im selben Zeitraum stieg die Verschuldung der Telekom-Unternehmen um 85 % auf 155 Milliarden Dollar (FTD, 1.2.01). Dementsprechend wuchsen diese Branchen mit Jahresraten von 25 %, womit sie für ein Viertel des Wirtschaftswachstums verantwortlich waren (a.a.O., 26.1.01). Insgesamt haben die Investitionen der US-Unternehmen im Jahr 2000 ihre selbst erwirtschafteten Mittel um 200 Milliarden Dollar überstiegen. In diesem Maß haben sie sich neu verschuldet.

Zum damals wohlfeilen Kapital – dessen Spätwirkung sich in der Baisse in der Form von Pleitewellen und wachsenden Finanzierungsschwierigkeiten zeigt – kam die Verbilligung der Arbeitskosten, da viele Angestellte und auch Arbeiter wachsende Teile ihrer Löhne und Gehälter nicht real, sondern in Form von Firmenaktien erhielten. Dies drückte nicht nur die Kosten für die Beschäftigten, sondern intensivierte auch deren Arbeitseinsatz, da sie sich in ihrem neuen Unternehmerbewusstsein kaum noch Schranken in der Selbstaubeutung auferlegten (Richard D. Wolff, a.a.O.).

Alle diese Faktoren der Hausse aber, dieser Boom auf Pump hätte gar nicht entstehen oder sich halten können, käme nicht ein Faktor hinzu, der die Konjunkturlokomotive USA letzten Endes befeuerte: der unaufhörliche Finanz- und Warenstrom von außen. In den letzten drei Jahren wuchs das Außenhandelsdefizit um jährlich mehr als 50 %. Doch nicht nur lieferte der "Rest der Welt", wie

die US-Statistiken den Posten nennen, im Jahr 2000 für fast 500 Milliarden Dollar mehr Waren in die USA, als diese ihrerseits exportierten. Ausländische Anleger schafften im letzten Jahr auch in der selben Höhe mehr Gelder in die USA, als diese ins Ausland exportierten (BEA, a.a.O.). Dass die USA sich Netto-Auslandsschulden von über 1.500 Milliarden Dollar, Handelsbilanzdefizite von knapp 5 % des Bruttoinlandsprodukts und steigende Investitionen bei sinkenden Ersparnissen leisten konnten, verdanken sie den ausländischen Anlegern, denen heute schon US-Aktiva im Wert von 10.000 Milliarden Dollar (FTD, 11.1.01) – der Wert des gesamten Bruttoinlandsprodukts – gehören. Auch die Ausländer wurden von der Hausse, von steigenden Zinsen, Dollar- und Aktienkursen angezogen. Nun, da die Spekulationsblase geplatzt ist, müssen auch sie sich neu orientieren - ihre Entscheidung wird die nächste Zukunft der US-Wirtschaft wesentlich mitbestimmen.

### 3. Landung oder Absturz?

Was bei einem Flugzeug ziemlich eindeutig zu bestimmen ist, nämlich ob es gelandet oder eher abgestürzt ist, fällt bei einer Konjunkturwende schwerer. Die klassische Definition einer Rezession, dass die Wirtschaft zwei aufeinanderfolgende Quartale schrumpft, ist seit Jahrzehnten nicht mehr erfüllt worden. So geht denn der Definitiv- und Prognosestreit nach dem Ende des US-Booms vor allem um die Frage: Stehen wir vor einem V, einem U oder gar einem L? V steht für einen Wirtschaftsverlauf mit jähem Niedergang und schnell folgendem kräftigen Aufschwung. U für einen sanften Abschwung mit langsamer Erholung. L ist das worst case scenario, der freie Fall mit anschließender längerer Stagnation.

Noch zur Jahresmitte 2000 rechneten die Volkswirte der führenden US-Banken und Wertpapierhäuser nach einer Umfrage des Wall Street Journals mit einem runden U, einer perfekten sanften Landung mit baldigem neuen Abheben. Damals unterstellten sie allerdings für das zweite Halbjahr 2000 ein Wachstum von 3,3 Prozent. In Wahrheit waren es weniger als 2 Prozent und nun korrigieren sich die Experten. Sie erwarten für das erste Halbjahr 2001 ein Wachstum von 2 Prozent, für das zweite dann 3 Prozent (Wall Street Journal, 3.1.01). Dies wären dann eher Parameter für eine harte Landung. 2 Prozent würden zum Beispiel nicht ausreichen, das Ansteigen der Arbeitslosigkeit aufzuhalten, da die Zunahme der Arbeitsproduktivität darüber liegt.

So pessimistisch die US-Volkswirte scheinen mögen, andere Experten sind noch weit skeptischer. Der Internationale Währungsfonds, der den USA noch im Oktober 2000 für das kommende Jahr ein Wachstum von 3,2 % vorhersagte, senkte seine Prognose unlängst auf 1,7 % (Reuters, 17.2.01), womit er seine Zweifel an dem allseits beschworenen Aufstieg im zweiten Halbjahr öffentlich machte. Solche Zweifel äußerte auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos auch der frühere Vizechef der US-Notenbank, Alan Blinder. Er bewertete die Chance einer Rezession in den USA mit 30 Prozent (FTD, 26.1.01). Eine gewisse Skepsis hat selbst das Haushaltsbüro des Kongresses ergriffen, das im Januar 2001 seine gerade sechs Wochen alte Prognose von 3,1 auf 2,4 % heruntersetzte.

Doch bleiben manche Propheten der sanften Landung standhaft. Rudi Dornbusch, Professor am Massachusetts Institute of Technology (MIT) und prominenter Sprecher der Chicago-Liberalen, hat das Credo auf die Formel gebracht: Die Landung und der schnell folgende Anstieg sind deshalb problemlos zu bewältigen, weil die Wirtschaft von der Fed, der Notenbank, mit billigem Geld versorgt werden kann, ohne dass Inflation entstände und auch ohne, dass die ausländischen Anleger das Weiße suchen würden (Die Zeit, 11.1.01). Dornbuschs Argumente beziehen sich auf Faktoren, die sogenannten "shock absorbers", deren Überprüfung uns eine genauere Einschätzung erlaubt, in welche Richtung sich die US-Wirtschaft mit welchem Tempo bewegt (den entscheidenden Punkt, die Nachfrageseite, die den angebotsfixierten Chicago-Boy überhaupt nicht interessiert, müssen wir unsererseits hinzufügen).

Nach Dornbusch besteht auch nach zehn Jahren Wachstum in den USA keine Inflationsgefahr, da a) gerade jetzt, da das High-Tech-Geschäft zurückgehe, die Konkurrenz auch hochqualifizierter Leute auf dem Arbeitsmarkt zunehme, was die Arbeitskosten senke; b) die Weltmarktkonkurrenz das Hochschnellen der Güterpreise verhindere; c) die Sparpotenziale der IT-Rationalisierung längst nicht ausgeschöpft seien, die lange Welle der IT-Investitionen noch mindestens zwei bis fünf Jahre währe. Diese Faktoren, die den Unternehmen Gewinnspielräume durch Kostensenkungen verschafften, hielten die Marktpreise stabil und gäben der Fed die Möglichkeit, billiges Geld in den Markt zu schießen, das nicht den Geldwert ruiniere, sondern produktiv und gewinnträchtig umgesetzt werde.

Noch lapidar beantwortet Dornbusch die Frage, wieso die ausländischen Anleger nicht durch das Sinken der Zinsen verprellt werden: Weil es international für sie keine Alternativen gebe. Der japanische Markt sei tot, in Europa seien und blieben die Zinsen niedriger als in den USA. Einen Kurssturz des Dollar hätten die Anleger deshalb nicht zu befürchten. Im übrigen würde ein schwächerer Dollar eher der US-Wirtschaft nützen und vor allem auch den Europäern schaden, die auf den US-Markt angewiesen seien. Es sei also auch im wohlverstandenen Interesse der Europäer, einen starken Dollar zu stützen.

Bislang haben sich Dornbuschs Prognosen nur hinsichtlich des US-Dollars und des Verhaltens der ausländischen Anleger bestätigt. Tatsächlich ist der Dollarkurs seit Anfang des Jahres trotz zweier Zinssenkungen um zusammen 1 Prozent sowohl gegenüber der DM wie dem Yen sogar gestiegen. Da Warenexporte wie -importe im

Gleichmaß gesunken sind, können von dort keine Impulse ausgegangen sein. Es kann demnach angenommen werden (Zahlen liegen für Januar 01 noch nicht vor), dass kein Kapital in größerem Stil abgezogen wurde, dass also die ausländischen Anleger weder von den beiden Zinssenkungen im Januar noch von der Ankündigung weiterer in den nächsten Monaten abgeschreckt wurden.

Alle übrigen Vorhersagen des MIT-Professors wurden indes zu Beginn des Jahres widerlegt. Insbesondere erweist sich der Dreh- und Angelpunkt, dass keine Inflation drohe, als ein wunder Punkt. Trotz der Stagnation der Produktion hat die Inflation im Januar um 0,6 % zugelegt, die Jahresteuern damit auf 3,7 % angezogen (FTD, 22.2.01). Die Erzeugerpreise sind im Januar sogar um 1,1 % gegenüber dem Vormonat gestiegen. Am selben Tag, an dem die Inflationsdaten bekannt wurden, war die Notenbank zu einer Sondersitzung zusammen gekommen, von der man die nächste Zinssenkung erwartete. Eine solche Entscheidung blieb aus. Nun befürchtet Wall Street, dass die schon fest eingeplante Senkung im März nicht 0,5 %, sondern vielleicht nur 0,25 % betrage. Dornbuschs Hoffnung, die Fed könne Zinsentscheidungen ohne Rücksicht auf die Inflationsgefahr treffen, ist jetzt schon dahin.

Verantwortlich dafür ist, dass keine der theoretischen Voraussetzungen dem Test in der Praxis stand hielt. Zwar sind nicht die Güterpreise hochgeschwungen, dafür aber die Preise für Erdöl und Erdgas, und dies vor allem wegen der Luftangriffe der USA auf den Irak. Auch zeigt sich zwar, dass in der Tat "Sparpotenzial" in der Wirtschaft steckt, wenn die Zahl der Arbeitsstunden um 6,6 % abgebaut wird, die Produktion aber fast unverändert bleibt. "Sparpotenzial" meint in diesem Fall, dass die Beschäftigten eine eminent höhere Arbeitsleistung zu vollbringen haben. Dennoch ließ sich nicht verhindern, dass die Löhne und Gehälter im 4. Quartal 2000 um 1,6 % gestiegen sind (BEA, a.a.O.).

Schließlich ist festzustellen, dass das verbilligte Geld die Unternehmen keineswegs zu vermehrter Produktion angeregt hat, sondern dass Produktion, Investitionen und Kapazitätsauslastung zurückgegangen sind (siehe Abschnitt 1). Weil nämlich, entgegen dem neoliberalen Dogma, ein Unternehmen sich nicht nur an seiner Kostensituation, sondern vor allem an der Nachfrageseite seines Marktes zu orientieren hat. Und auf dieser Seite sieht es so düster aus wie schon zehn Jahre nicht mehr.

Der Index des Verbrauchervertrauens sank im Januar und Februar in Tiefen, wo er zuletzt im Oktober 1990 war. Die Gründe für die Zurückhaltung der Verbraucher liegen auf der Hand: Sie haben Angst vor der wachsenden Arbeitslosigkeit (27 % der Haushalte rechneten im Februar 2001 mit einer zurückgehenden Arbeitsnachfrage der Unternehmen – 25 % mehr Skeptiker als im Vormonat; HB, 28.2.01), Angst vor der wachsenden Inflation und Angst vor der Schuldenfalle, aus der es kein Entkommen etwa über eine Erholung der Börse gibt, denn auch die ist trotz der beiden Zinssenkungen weiter nach unten gerutscht. Die Schulden werden die Stimmung und die Zahlungsfähigkeit der Verbraucher auf lange Zeit beeinträchtigen. Denn es handelt sich um gewaltige Beträge. Im dritten Quartal 2000 standen durchschnittlich 1.525 Milliarden Dollar an Konsumentenkrediten aus, was über 15 % des Bruttoinlandsprodukts und 22 % aller Konsumausgaben ausmacht (HB, 14.2.01). 13,5 Prozent ihres verfügbaren Einkommens müssen die Konsumenten heute für Zins- und Tilgungsleistungen ausgeben, 12,5 % mehr als vor fünf Jahren (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.1.01). Allein die Kredite auf Wertpapiere, die mittlerweile einen großen Teil ihres Wertes verloren haben, machen 4 Prozent des verfügbaren Einkommens aus. Die US-Konsumenten stehen unter Schock – und die Schockwellen erreichen die Märkte und sorgen für den Stillstand der Wirtschaft. Müsste sich die US-Wirtschaft auf die Selbstheilungskräfte des Marktes verlassen, hätte die Zukunft die Form eines L. Es fragt sich, mit welchen Mitteln die Politik von Präsident Bush und Fed-Chef Greenspan dagegen vorgehen will und kann.

#### **4. Bush und Greenspan: Wege aus der Stagnation?**

Dass Präsident Bush sein Steuersenkungsprogramm für Reiche nebst den übrigen Wahlversprechungen nach dem Konjunkturerinbruch als Wiederbelebungsprogramm der Wirtschaft verkaufen würde, war keine Überraschung. Dass aber Fed-Chef Greenspan seine bisherige Linie – 1. Stabilität des Dollar; 2. Abbau des Staatsdefizits – so schnell über Bord werfen und demonstrativ in das Lager seines republikanischen Parteifreundes Bush über-

laufen würde, nahm manchen doch wunder. Vor dem Haushaltsausschuss des Senats gab Greenspan eine dramatische Begründung: "Niemals habe ich erwartet, den Tag zu erleben, da ich über irgend etwas anderes reden würde als über die Reduzierung der Staatsschuld. Aber ich bin in die Tyrannei des Null-Wachstums geraten, das ist dort, wo es nichts mehr zu reduzieren gibt. Und nun – haben sich meine Auffassungen geändert? Ja, sie haben sich geändert; sie mussten sich ändern." (IHT, 29.1.01).

Man hört die Nervosität heraus, ob man überhaupt das Richtige im Werkzeugkasten hat, vor allem aber die Absicht, die neue Regierung und ihre Vorhaben von oberster Stelle, denn das ist für Wall Street und alle Wirtschaftsgläubigen die Fed, zu salben. Was zunächst unklar schien, nämlich ob Regierung und Notenbank an einem Strang ziehen, kann nun keinem Zweifel mehr unterliegen. Auch die anfangs gepflegte Vorstellung, Bush könne sich gegen den demokratischen Widerstand im Kongress nicht durchsetzen, sondern müsse wegen des Beinahe-Patts auf Konsens-Lösungen setzen, hat sich als irrig erwiesen. Erstens haben die Republikaner sowohl im Senat (über die Stimme des Vorsitzenden, des Vizepräsidenten) wie im Repräsentantenhaus die Mehrheit, und zweitens sperren sich die Demokraten schon längst nicht mehr gegen die als Konjunkturprogramm firmierenden Steuerkürzungen. Sie verlangen allerdings Steuerkürzungen nicht nur für die Reichen, sondern für alle Einkommensschichten.

### **Die Konjunktur- und Steuerpolitik der Bush-Regierung**

Im Mittelpunkt des Bush-Programms steht die Steuerreform. Im Wahlkampf hatte Bush davon gesprochen, für die nächsten zehn Jahre Steuerkürzungen in Höhe von 1,3 Billionen Dollar vorzunehmen. Nach dem Wahlsieg Bushs ermittelte die Haushaltsabteilung des Kongresses wie auf Bestellung, dass der Haushaltsüberschuss des Bundes für die nächsten zehn Jahre mit 5,6 Billionen viel höher als erwartet ausfalle. Daraufhin verkündete Bush bei der Vorstellung seines Budgets die neue Marke: 1,6 Billionen Dollar. Damit würden die Steuerzahler jährlich über 160 Milliarden Dollar mehr verfügen, 2,3 Prozent der gesamten Konsumausgaben.

Die Essenz des Steuersenkungsprogramms sind Erleichterungen für die Reichen, garniert mit einer Besserstellung der ganz Armen. Die große Masse, die mittleren Einkommensbezieher, gehen völlig leer aus. So sollen die beiden höchsten Progressionsstufen – 39,6 Prozent für Einkommen über 297.301 Dollar und 36 % für Einkommen ab 166.451 Dollar (für Verheiratete) – auf jeweils 33 % zurückgestuft werden. Die Stufe bei bisher 31 % (Einkommen von 109.251 Dollar bis 166.450 Dollar) wird ebenso wie die bei bisher 28 % (45.201 bis 109.250 Dollar) auf 25 % gesenkt. Bei den Einkommen von 12.001 bis 45.200 Dollar soll es beim bisherigen Tarif von 15 % bleiben. In der untersten Kategorie (bis 12.000 Dollar) sinkt der Satz von 15 auf 10 Prozent (HB, 8.2.01).

Dies ist ein geradezu unverschämtes offenes Programm für Millionäre. Deren gibt es in den USA rund 100.000. Für jede Million Einkommen zahlen sie in Zukunft rund 60.000 Dollar weniger Steuern. Insgesamt schneiden die Einkommensbezieher über 100.000 Dollar – nur sechs Prozent der Bevölkerung, die aber 35 Prozent des Ge-

samteinkommens einstreichen – glänzend ab. Der durchschnittliche Einkommensbezieher hingegen – das Durchschnittseinkommen der Haushalte liegt bei 48.000 Dollar – hat eine Steuererleichterung von: Null. Es ist offensichtlich, dass es sich hier um kein Konjunkturprogramm handelt, sondern um Klassenkampf von oben, um die Bereicherung der Reichen durch ihre Regierung. Würde man Steuersenkungen unter dem Gesichtspunkt des Ankurbelns der Konjunktur vornehmen, müsste man gerade die mittleren und unteren Einkommensbezieher bedienen, denn deren Budget ist so knapp, dass sie von jedem zusätzlichen Dollar mehr in den Konsum geben müssen, als dies die Reichen tun. Der sogenannte Einkommensmultiplikator läge beträchtlich höher.

Aber noch aus anderen Gründen kann an der Durchschlagskraft der Steuerkürzungen für die Konjunktur gezweifelt werden. Es fragt sich vor allem, ob die Überschussrechnung der Haushaltsabteilung des Kongresses tatsächlich zutrifft. Zieht man nämlich von den 5,6 errechneten Billionen die darin enthaltenen Überschüsse aus Sozial- und Krankenversicherung ab – was nach dem bisherigen politischen Konsens zwingend ist – dann bleiben nur noch 2,7 Billionen Dollar (New York Times, 2.2.01), nach der Analyse dreier parteiunabhängiger Politikinstitute sogar nur 2 Billionen Dollar übrig (FTD, 2.2.01). Nimmt man zu den 1,6 Billionen Dollar der Steuersenkung die übrigen Wahlversprechen Bushs hinzu – 47 Milliarden mehr für die Schulen, 50 Milliarden mehr für das Militär, 60 Milliarden Dollar für die Raketenabwehr – und rechnet diese auf zehn Jahre hoch, dann kommt man auf einen Fehlbetrag von über 1.500 Milliarden Dollar, der den US-Staat zwingen würde, nicht nur von der Rückzahlung seiner Schulden Abstand, sondern neue Schulden aufzunehmen. Dies würde die Zinsen hoch treiben, Geld teurer machen und damit Investitionen verhindern oder erschweren und eventuelle schwache Wachstumsregungen im Keim ersticken.

Darüber hinaus ist es gut möglich, dass die vom OBC genannte Zahl von 5,6 Billionen Dollar um einiges zu hoch ist. Die Kongressabteilung legt nämlich ein Wachstum von 3 % zu Grunde. Nur für 2001 hat sie ihre Prognose auf 2,4 % abgesenkt. Nach der Vorhersage des IWF liegt sie auch damit viel zu hoch. Ein Prozent mehr oder weniger macht aber über zehn Jahre rund 2 Billionen Dollar aus (FTD, 29.2.01). Würde man das derzeitige Wachstum von Null hochrechnen, gäbe es gar keine über den Fiskus erzielten Überschüsse. Die US-Regierung startet also ein Steuersenkungsprogramm in der Hoffnung, Reaktionen auszulösen, die nachträglich die Finanzierung sichern. Dies erinnert fatal an das Programm von Präsident Reagan in den achtziger Jahren, wonach sich angeblich Steuerkürzungen durch anschließende Steuermehreinnahmen selbst finanzieren. Bekanntlich haben die Reaganschen Steuersenkungen zu den größten Haushaltsdefiziten in der Geschichte der USA geführt.

### **Die Politik der Notenbank**

Die übliche Weisheit der Konjunkturtheoretiker geht so, dass die Fiskalpolitik ungeeignet sei zur Konjunktursteuerung, weil sie immer zu spät komme. Die beschlossenen Maßnahmen würden, wenn überhaupt, immer erst mit einer zeitlichen Verzögerung greifen. Eben deshalb hat die Bush-Regierung auch verlauten lassen, ihre Regelungen würden rückwirkend ab dem 1.1.2001 gelten. Man

erwägt sogar, den Steuerzahlern Gutscheine über ihre Steuerersparnis zu schicken, die sie sofort verwenden können. Davon war dann allerdings bei der Vorstellung des Budgets von Bush keine Rede mehr. Im übrigen vertraut man darauf, dass auch schon bloße Ankündigungen Konjunkturpolitik sind und die Wirtschaftsteilnehmer zu den gewünschten Verhaltensweisen anregen. Wie wenig dies zutrifft, ja wie wenig sich die Kundschaft sogar von wirklichen Taten beeindrucken lässt, hat Notenbankchef Alan Greenspan in den letzten Wochen erfahren müssen.

Im Januar 2001 – als die Wende nach unten amtlich war – hat er zweimal kräftig die Zinsen bis auf 5,5 % gesenkt und keinen Zweifel daran gelassen, dass er im März und im Mai weitere Senkungen vornehmen wird. Das Ergebnis war niederschmetternd. Es war so, als hätte die Fed gar nicht gehandelt und auch nichts angekündigt. Die Börsen behielten ihren Abwärtstrend bei, die Unternehmen vergriffen sich nicht an dem billigeren Geld, und die ausländischen Anleger behielten ihre US-Werte, auch wenn sie jetzt weniger abwarfen. Schlimmeres kann es nicht geben für den Steuermann von Geldmenge und -preis, als wenn kein Mensch auf seine kräftigen Maßnahmen reagiert.

Die Aufgabenstellung für die Fed ist klar: Sie muss das Geld billiger machen, ohne die ausländischen Anleger aus dem Lande zu treiben. Das erste erreicht sie durch Senkungen der Zinsen. Das zweite erreichen die USA u.a. dadurch, dass sie andere Länder, sprich die EU, dazu bringen, ihre Zinsen immer unter denen der USA zu halten. Wenn beides gelingt, ist das immer noch nicht hinreichend, dass die Konjunktur anspringt. Aber notwendig ist es.

Die Zinsen kann sie senken, wie sie will, und das tut sie ja auch. Und das zweite, den Zinsvorsprung vor ausländischen Konkurrenten, schafft sie durch politischen Druck und durch den Gleichklang der Interessen, in diesem Fall zwischen Europa und USA. Auf dem G-7-Treffen im Februar in Palermo räumte US-Finanzminister O'Neill mit seinem widersprüchlichen Gerede zuvor auf und erklärte, die US-Regierung mache sich stark für einen starken Dollar (FTD, 19.2.01). Das gefiel den exportabhängigen Europäern sehr gut, und sie offerierten im Gegenzug, dass die Europäische Zentralbank (EZB) die Zinsen unterhalb denen der USA halten werde (SZ, 20.2.01). Das würde garantieren, dass der Finanzstrom in die USA

nicht versiegt. Allerdings bleibt der Unsicherheitsfaktor Japan, dessen Unternehmen sich ebenfalls erheblich in den USA engagiert haben und nun angesichts der miserablen Lage im eigenen Land sich vielleicht gezwungen sehen, ihre US-Aktiva aufzulösen und zurückzuführen (SZ, a.a.O.).

Aber Europa, den wichtigsten Partner und Konkurrenten, haben die USA im Schlepptau. Derzeit verlangt die EZB 4,75 % Zinsen, in den USA werden immer noch 5,5 % gezahlt. Geht die Fed wie geplant bis Mai auf 4,75 % herunter, dann wird die EZB vorher schon ihre Zinsen gesenkt haben. Das Gefälle bleibt gewahrt. Die Ausländer werden wohl da bleiben. Aber ob die Produzenten das billigere Geld nehmen, um mehr zu produzieren, und ob die Konsumenten wieder Vertrauen fassen und mehr kaufen, hängt davon nur zum kleinen Teil ab.

## 5. Wie also weiter – V, U oder L?

Steht man vor der Frage, ob und wie man wieder einen Aufschwung schafft, schaut man sich am besten die Faktoren an, die zum Niedergang geführt hatten. Ist von denen Besserung zu erwarten?

Der auslösende Faktor des Sinkflugs der US-Wirtschaft war das Platzen der Spekulationsblase an den Börsen. Von März bis Ende 2000 wurden dadurch rund 4,6 Billionen Dollar vernichtet. In den ersten sieben Wochen des neuen Jahres hat – nach zwei Zinssenkungen der Fed – der Dow Jones um weitere 2,5 %, der Nasdaq – die Börse der New Economy – um weitere 10 % nachgegeben. Die Fed hat dank der freimütigen Ankündigungen weiterer Senkungen im März und im Mai ihr Pulver schon großen Teils verschossen, und die Börsianer sind nicht beeindruckt. Die Nachrichten aus den Unternehmen sind geprägt von Gewinnwarnungen und Überschuldungen. Insbesondere die IT-Unternehmen, deren Aktien Gewinne weit unterhalb der Bankzinsen abwerfen – AOL Time Warner hat zum Beispiel immer noch ein Kurs-Gewinn-Verhältnis von 74,8, der Aktionär hat also 75 Dollar hinzulegen, um dafür einen Dollar Gewinn in der Unternehmensbilanz verbucht zu sehen – werden weiter abstürzen. Selbst ein Berufsoptimist wie Rudi Dornbusch rechnet mit Wertverlusten im neuen Jahr von "10 bis 20 Prozent" (Die Zeit, a.a.O.). Dies wären wiederum Wertvernichtungen von bis zu 3 Billionen Dollar, also weit mehr, als die Bush-Regierung in zehn Jahren an Steuererleichterungen gewähren will. Die Börsen sind kein Teil der Lösung, sie sind nach wie vor Teil des Problems.

Die Wertvernichtung an den Börsen führt uns zur entscheidenden Variable, dem privaten Verbrauch. Als ökonomische Faustregel gilt, dass die Minderung des Buchwerts des Aktienvermögens um einen Dollar einen Rückgang des Verbrauchs um 3 Cent nach sich zieht (FTD, 17.4.00). Sinken die Börsenkurse in 2001 um 20 %, dann sackt der Verbrauch in diesem Jahr um weitere fast 100 Milliarden Dollar ab. Die wachsende Arbeitslosigkeit und der enorme Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt halten Löhne und Gehälter, also die Massenkaufkraft unten, die gestiegene Schuldenlast schränkt das verfügbare Einkommen ein, und die wachsende Zukunftsangst dämpft die Konsumbereitschaft. Es ist sehr fraglich, ob die Steuerkürzungen Bushs in der vorgesehenen Form diese Faktoren konterkarieren können. Selbst wenn es den Demo-

kraten gelingen sollte, eine Kürzung auch für die Masseneinkommen herauszuholen, bleibt abzuwarten, ob dies die Massenstimmung umdrehen kann – die reale Situation, über weniger Geld für Konsumausgaben zu verfügen, kann auch eine solche Steuerreform nur graduell verbessern.

Nicht besser sieht es mit dem zweiten Nachfragefaktor, den Investitionen, aus. Impulse von der Endnachfrage der Konsumenten sind nicht zu erwarten, und selbst wenn welche auftraten, würden sie die Unternehmen nicht zu Neuinvestitionen veranlassen. Nur 80 Prozent der Kapazitäten sind ausgelastet, sollte mehr produziert werden, braucht man keine neuen Anlagen, billigeres Geld hin oder her. Dies gilt besonders dann, wenn der Lehrsatz zutrifft, dass die Sparpotenziale der schon durchgeführten IT-Investitionen noch längst nicht ausgeschöpft sind. Experten stellen fest, dass das investierte IT-Kapital derzeit um 6 Prozent größer ist als nötig – würde es auf das notwendige Niveau herunter geführt, hätte die Computer- und Softwarebranche einen Rückgang von 13 Prozent zu verzeichnen. Überdies ist es gerade die Bush-Regierung, die mit ihrer aggressiven internationalen Politik die Kostenlage der Unternehmen verschlechtert. Die Militärschläge gegen den Irak und die immer offeneren Drohungen gegen China sind Teil einer langfristigen Strategie, die nicht nur die Spannungen in der Welt erhöhen wird, sondern auch die Preise für Rohstoffe und Energieträger, was schließlich auf alle Märkte durchschlägt wird. Was solcherart auf die Unternehmen als Kosten- und auf die gesamte Gesellschaft als Inflationsdruck zukommt, ist eine unvermeidbare ökonomische Folge einer offenbar auf lange Frist angelegten Politik der US-Regierung. Der Pessimismus der Manager bleibt angesichts dieses finsternen Hintergrunds nicht hinter dem der Verbraucher zurück. Die Nationale Vereinigung der Einkaufsmanager (NAPM) ermittelte im Januar für den Geschäftsklima-Index den schärfsten Einbruch seit seiner Einführung im Juli 1997 (FTD, 6.2.10).

Auch vom dritten potenziell belebenden Nachfrageelement, der staatlichen Nachfrage, ist unter einer Bush-Regierung nicht viel zu erwarten. Zwar sollen die Ausgaben für Schulen, Militär und den Sternenkrieg erhöht werden. Aber insgesamt gilt das Diktum Bushs vom "schlan-

ken Staat", die Doktrin von der "Selbststeuerung des Marktes". So wächst denn der Bush-Haushalt 2000/2001 um 4 Prozent. Aber der größte Posten, der Militärhaushalt, wächst auch am größten, während der Haushalt für Arbeit zum Beispiel sinkt. Von einem irgendwie gearteten "Konjunkturprogramm" kann keine Rede sein.

Bleibt der "Außenfaktor" und damit das Verhalten der ausländischen Geschäftspartner der USA. In der Ökonomie gilt wie im allgemeinen Leben die Maxime, dass, was nicht immer wahren kann, eines Tages aufhören muss. Nicht immer wahren können das enorme jährliche Handelsbilanzdefizit der USA und der ebenso hohe Kapitalimport. Denn diese Handels- und Finanzströme bedeuten nichts anderes, als dass der Rest der Welt Jahr für Jahr einen wachsenden Teil seiner Produktion und seines Kapitals an die USA abtritt. Verschenkt. Dies wird dann aufhören müssen, wenn der Rest der Welt aus ökonomischen oder politischen Gründen sich diese Schenkung, die im letzten Jahr fast eine Billion Dollar ausmachte, nicht mehr leisten kann oder will. Es ist aber zu bezweifeln, dass dieser Fall in nächster Zeit akut wird. Zwar geht es den japanischen Firmen so schlecht, dass man hin und wieder hört, zum Ende des Geschäftsjahres am 31.3.01 müssten sie Gelder aus den USA abziehen, um den Konkurs oder weitere Einbußen an Kreditwürdigkeit zu vermeiden. Andererseits brauchen aber die Japaner wie auch die Europäer den US-Markt dringend für den Export. Würden sie den Dollar kollabieren lassen, würden sie ihren Exportmarkt in den USA gefährden und auch die US-Regierung gegen sich auf den Plan rufen.

Im übrigen: Wer sind eigentlich die USA? Da bereits US-Aktiva im Wert von 10.000 Milliarden Dollar in den Händen ausländischer Anleger sind, sind die Geschenke vom Rest der Welt immer auch Geschenke für diese. Das Kapital hat kein Vaterland. Aber in den USA eine große Heimstatt. Vom Ausland droht die geringste Gefahr.

Wie also nun – ein V, ein U oder ein L? Ein U kann es nicht mehr werden, dazu war der Abschwung zu heftig. Zu einem V könnte es die US-Wirtschaft nur bringen, wenn sie spätestens im 3. Quartal kräftig anzieht. Dafür spricht derzeit wenig. Lassen wir die Symbole beiseite: Die USA sind in einer Wirtschaftskrise, aus der sie nur langsam wieder heraus finden werden.



Leo Mayer, Fred Schmid

## Diese Art des Wirtschaftens kommt der Natur und der Menschheit zu teuer!

Wenigstens die Natur rebelliert gegen die kapitalistische Profitwirtschaft. Sie verweigert sich der industriemäßigen Vernutzung, schlägt zurück in Form von Rinderwahnsinn und Seuchen. Der Mensch reagiert mit Tier-Scheiterhaufen und Massenschlachtungen – letztere, um die Preise hochzuhalten. Pervers! Sogar der Rinderwahnsinn hat kapitalistische Methode. Bei früheren Krisen verbrannte man nur den Weizen oder heizte mit Kaffeebohnen Lokomotiven, um die Profitmaschine in Gang zu halten.

Aber nicht nur in der Landwirtschaft, mehr noch durch Krisen und Krisenmanagement in Industrie, Handel und Finanzwirtschaft wird deutlich: Diese Art des Wirtschaftens kommt der Natur und der Menschheit zu teuer.

In den vorangegangenen Kapiteln wurde das im einzelnen aufgezeigt. Es soll hier thesenartig zusammengefasst werden.

### **1. Der kapitalistische Konjunktur- und Krisenzyklus ist nicht obsolet: Er wirkt in der Old Economy und erst recht in der @- und E-Conomy.**

Kaum ein Jahr ist es her, da wurde die New Economy noch euphorisch bejubelt. Sie sollte zum Jungbrunnen für die gesamte Ökonomie werden. Prophezeit ward ein

"Paradigmenwechsel", grenzenloses Wachstum und Krisenimmunität. Innovationen und Start-Ups en masse ... Und heute: Down-falls und Crashes zuhauf. Zerplatzt ist die New-Economy-Seifenblase an der Börse, Nasdaq und Nemax gehen zu Boden. Aus der Traum vom schnellen Aktien-Millionär. Ganz alt sehen sie auf einmal aus, die Newcomer und New Economisten. Die Internet-Branche steckt in einer ganz gewöhnlichen kapitalistischen Gründer- und Überakkumulationskrise.

Diese paart sich gegenwärtig mit Struktur- und zyklischen Krisenerscheinungen ("Schweinezyklus") in High-Tech-Branchen und der Automobilindustrie und vereint sich mit Rezessionserscheinungen in der gesamten kapitalistischen Weltwirtschaft: Zur Dauerkrise in Japan gesellt sich eine Rezession in den USA und ein Konjunkturabschwung in Westeuropa.

Die Wurzel des Übels ist die gleiche wie bei Krisen anno dazumal: Aus Konkurrenzmechanismus und Profitprinzip resultiert im Kapitalismus stets die Tendenz zu Überakkumulation, zum Aufbau von Überkapazitäten im Vergleich zur kaufkräftigen Nachfrage. Daraus entwickelt sich ein Konjunkturzyklus, dessen Abschwung zur Krise Karl Marx vor über hundert Jahren so beschrieb: "Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Kon-

sumptionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde".

## **2. Allen Angebotstheoretikern zum Trotz: Als Schlüsselgröße für das Wirtschaftswachstum erweist sich die kaufkräftige Nachfrage.**

Verhaftet in einzelwirtschaftlicher "Froschperspektive" propagieren neoliberale Wirtschaftstheoretiker eine Optimierung der Angebotsbedingungen als Schlüssel für dynamisches Wirtschaftswachstum. Nicht die gesamtwirtschaftliche Nachfrage oder gar die Massenkaufkraft, sondern die Unternehmensgewinne sind in ihrer Logik die zentrale Größe. Nach der simplen Formel, je höher die Gewinne, desto höher die Investitionen, desto mehr Arbeitsplätze und mehr Wachstum sollte die Marktwirtschaft im Selbstlauf funktionieren. Doch die Unternehmer reinvestieren ihre Gewinne nur dann, wenn sie eine Mehrproduktion auch absetzen und den Mehrwert realisieren können. Wird die private und öffentliche Nachfrage aber durch permanentes Kostendumping auf allen Ebenen beschnitten, geht dieser Anreiz verloren. Die Stärkung der Massenkaufkraft ist der Schlüssel zu wirtschaftlichem Wachstum (Aus Platzgründen kann hier nicht auf den ethischen Aspekt permanenter Konsumstimulierung und die ökologische Dimension grenzenlosen Wachstums eingegangen werden).

Dieser Zusammenhang manifestierte sich zuletzt im langjährigen Boom der US-Wirtschaft: Eine gigantische Verschuldungsbereitschaft der Verbraucher, durch die Börsenhausse ausgelöste positive Vermögens- und Einkommenseffekte der Privathaushalte und die "Bereitschaft" des Auslandes den "Boom auf Pump" durch einen unaufhörlichen Waren- und Kapitalstrom zu kreditieren, waren der Motor der jahrelangen Wirtschaftsdynamik.

Umgekehrt offenbarte sich dieser Zusammenhang in Japan, wo nach dem Platzen der Bubble Economy negative Vermögenseffekte und die Beschränkung der privaten Nachfrage (Lohn- und Bonuskürzungen, Mehrwertsteuererhöhung, Entlassungen und Arbeitslosigkeit) die Verbraucher zu Konsumverzicht und Angstsparen veranlasste.

Und schließlich wird das auch deutlich bei der Konjunkturentwicklung in Westeuropa. Die EU bzw. Euroland können deshalb keine Lok-Funktion für die Weltwirtschaft übernehmen, weil es der westeuropäischen Binnenwirtschaft an innerer Antriebskraft über die private Nachfrage fehlt. Sie wurde dem Kredo der "internationalen Konkurrenzfähigkeit" und der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte (Maastricht) geopfert.

## **3. Im Zuge der Globalisierung hat sich ein weitgehend vereinheitlichter Weltmarkt herausgebildet. Das verstärkt die Interdependenz der einzelnen Volkswirtschaften.**

Der "Weltmarkt" ist den Neoliberalen so etwas wie das "gelobte Land", das Land scheinbar unbegrenzter (Absatz-) Möglichkeiten, in das man die jeweiligen Produktionsüberschüsse exportieren kann. Da aber alle kapitalistischen Industrieländer sich auf diese Weise aus der Krise

exportieren wollen, wird es auf dem "Weltmarkt" als den addierten Binnenmärkten immer enger, wird die Begrenztheit deutlich.

Infolge des Abbaus von Handelsschranken und Kapitalverkehrskontrollen und vornehmlich durch die Deregulierung der Finanzmärkte hat sich der Weltmarkt weitgehend vereinheitlicht und Züge eines Weltbinnenmarktes angenommen. Mit der vielfachen Vernetzung über Handel und Dienstleistungen, Direktinvestitionen und Finanztransaktionen, Zunahme transnationaler Konzerne, deren Giganten sich Zug um Zug zu "Global Factories" wandeln, hat sich die gegenseitige Abhängigkeit verstärkt. Von einem Konjunkturerinbruch in der Metropole des Kapitals bleiben so auch die anderen Regionen der Weltmarkt-Triade nicht verschont. Eine erneute Abschottung, wie etwa nach der Weltwirtschaftskrise 1929, scheint auf der erreichten Stufe von Deregulierung und Verflechtung nicht mehr möglich. Das erklärt auch die weitgehende Unwirksamkeit nationaler Konjunkturprogramme wie im Falle Japans. Es droht die Gefahr einer globalen Überproduktionskrise.

## **4. Die Finanzmärkte wirken krisenverschärfend: Das internationale Finanzkapital und die Spekulation können Konzerne und ganze Ökonomien in den Abgrund reißen.**

Die Finanzspekulation gab es schon immer, neu ist ihre Dimension. Woher aber rühren die gewaltigen und anschwellenden Geldfluten? Sie sind das Ergebnis massiver Einkommensumverteilung zugunsten der Profit- und Vermögens Einkommen im Rahmen neoliberalistischer Angebotspolitik. Die wachsenden Profite finden wegen der strukturellen Nachfragschwäche (laufende Beschneidung der Massenkaufkraft) in der realen Sphäre der Ökonomie zunehmend geringere Anlagemöglichkeiten. Überakkumulation von Geldkapital bewirkt eine relativen Entkopplung der Finanzsphäre von der realwirtschaftlichen Entwicklung. Das überschüssige Geldkapital ist die Grundlage der überbordenden Finanzspekulation, die sich in Währungs- und Aktienspekulation am deutlichsten manifestiert. Die Inflation von Finanztiteln, die gewaltigen Finanzströme, die täglich um den Globus geschossen werden, die spekulativen Blasen ("Bubbles") an den Börsen sind Ausdruck dieser Spekulation. Im Ergebnis werden dabei keine neuen Werte geschaffen, sondern findet über Zinsen und Spekulationsgewinne eine Umverteilung von Vermögenswerten zugunsten der großen Geldkapitalbesitzer statt. Hauptakteur auf den Finanzmärkten und dem Feld der Spekulation ist das internationale Finanzkapital: Internationale Banken und institutionelle Anleger, also Investment- und Pensionsfonds und Versicherungen.

Durch die internationale Großspekulation in Verbindung mit der Vernetzung der Finanzmärkte, erhöht sich das Risikopotenzial der Finanzmärkte, nimmt ihre innere Labilität zu. Platzen die spekulativen Blasen, reißen die Kreditketten, ergeben sich aber auch Risiken für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung.

Das Finanzkapital hat sich zwar relativ verselbständigt, ist aber von der realen Sphäre nicht völlig losgelöst. Es dominiert und diktiert zunehmend diese Sphäre: Das zeigt sich in der Macht der Institutionellen Anleger gegenüber Konzernen der Realwirtschaft und im Druck des

Shareholder Values. Das wird deutlich im Renditediktat des internationalen Finanzkapitals gegenüber Schwellenländern, aber auch in der Finanz- und Haushaltspolitik von Industrieländern, die zunehmend dem "Urteil der Märkte" ausgesetzt wird.

Mobilität und Reaktionsgeschwindigkeit des Finanzkapitals können bei einer Verschlechterung der Geschäftssituation bzw. der wirtschaftlichen Lage eines Landes zu schnellem Kapitalentzug führen. Das erschwert die Investitions- und Finanzplanung von Konzernen und Staaten, birgt das Risiko von Finanz- und Liquiditätsengpässen. Über die Währungsspekulation wirkte so das internationale Finanzkapital in den südostasiatischen Tigerökonomien krisenauslösend. Die Ursache auch von Finanz- oder Währungskrisen liegt nach wie vor in den "fundamentals", den so genannten fundamentalen ökonomischen Daten von Konzernen und Volkswirtschaften. Die Bewegungen der Finanzmärkte, und zugespitzt dann die Finanzspekulation, setzen an diesen Ungleichgewichten und Trends an und verstärken deren Schwankungen. Hohe Volatilität (Schwankungsintensität der Kurse im Zeitverlauf), "Overshootings" (spekulative Übersteigerungen), bedingt durch die Finanzmassen der Fonds und Großspekulanten ("Trendsetter") sind die Folgen. Die Finanzspekulation kann keine Krise verursachen, diese aber sehr wohl auslösen und vertiefen.

## **5. Unter der Dominanz von Institutionellen Anlegern und Investmentbanken werden die Konzerne krisenanfälliger.**

Transnationale Konzerne werden heute größtenteils beherrscht von nationalen und internationalen Institutionellen Anlegern. Bei diesen steht das unbedingte Eigentümerinteresse im Vordergrund; es wird durchgesetzt ohne Rücksichtnahme auf Arbeitnehmer- und soziale Interessen, auf ökologische und gesellschaftliche Gefahren. Zielgröße ist die Maximierung des Shareholder Values in Form von Steigerung des Aktienkurses, Dividendenausüttung und Bezugsrechten. Über Benchmarking (Vergleich mit den weltweit Besten der Branche) setzen die Institutionellen in den Konzernen Renditevorstellungen durch, die sich an globalen Spitzenwerten orientieren. Vorstände und Management, durch Aktienoptionen ebenfalls in diese Richtung stimuliert, geben den Druck an die Belegschaften weiter. Durch Konzentration auf das so genannte Kerngeschäft soll möglichst schnell ein Spitzenplatz in der Welt-Rankingliste der betreffenden Branche erreicht werden. Weniger profitable Konzernbereiche werden abgestoßen, eine Quersubventionierung nicht mehr erlaubt. Durch Zukäufe, Übernahmen und Fusionen soll in Perspektive eine marktbeherrschende Stellung in einer Branche erreicht werden und damit die Fähigkeit zur Monopolpreissetzung.

Das alles macht jedoch die Konzerne krisenanfälliger: Monokulturen machen bei Strukturkrisen einer Branche einen Risikoausgleich unmöglich. Hechelnde Fusionitis zur Erlangung einer Monopolstellung birgt die Gefahr einer Überschuldung, wie dies an den Telekom-Konzernen, aber auch an Teilen der Automobilbranche deutlich wurde. Diese Konzerne werden zur totalen Beute des Finanzkapitals. Die zunehmende Finanzierung von TNK über die Finanzmärkte macht die Konzerne auch abhän-

giger von den Schwankungen dieser Märkte. Das zeigt sich bei der gegenwärtigen Baisse-Situation, mit der Entwertung der Akquisitionswährung "Aktie".

Investmentbanken sind die Profiteure all dieser Transaktionen: Sie arrangieren Börsengänge, Emissionen von Aktien und Firmenanleihen, Übernahmen und Fusionen.

## **6. Die Funktion der Krise ist die massenhafte Vernichtung von Kapital und die Wiederherstellung des Gleichgewichts von Produktionsmöglichkeit und kaufkräftiger Nachfrage auf niedrigerer Ebene.**

Die augenfälligste Vernichtung von Kapital findet heute in der New Economy statt. Überkapazitäten werden platt gemacht, lukrative bzw. gewinnversprechende Unternehmungen von Großkonzernen eingesackt. Die Kapitalintensität dieser dotcom- und e- und @-Firmen ist jedoch gering, die Kapitalvernichtung somit volkswirtschaftlich kaum relevant. Ein größeres Ausmaß an Kapitalstilllegung droht bei einer Krise der High-Tech- und Automobilindustrie, insbesondere bei Schließung ganzer Werke. Eine verdeckte Kapitalvernichtung findet hier ohnehin bereits durch Nicht-Auslastung von Kapazitäten, also durch Nicht-Produktion statt. In allen kapitalistischen Industrieländern ist weiterhin ein Ansteigen der Pleitewelle zu verzeichnen, wovon vor allem mittelständische Unternehmen und Existenzen betroffen sind.

Es fragt sich allerdings, ob diese Dimensionen an Kapitalvernichtung letztlich ausreichend sind, um die durch die Produktivitätsfortschritte erreichten Produktionsmöglichkeiten auf ein Gleichgewichtsmaß zurechtzustutzen, das einen neuen Konjunkturaufschwung, eine neue Runde des "fehlerhaften Kreislaufes" (Marx) ermöglicht. Die Alternative dazu wäre eine lang anhaltende Stagnation und Lethargie des wirtschaftlichen Lebens, vergleichbar zur zehnjährigen Stagnationsphase in Japan.

## **7. Im Gefolge von Krisen bekommt die Durchdringung der Welt durch das transnationale Kapital neue Schübe. Die führenden TNK gehen aus jeder Konjunkturrunde gestärkt hervor.**

In jeder Krise sind die schwächeren Kapitalien die ersten Opfer im Vernichtungs- und Verdrängungskampf. Das demonstriert zur Zeit die Krise der New Economy, das wurde und wird deutlich bei den Ökonomien der Schwellenländer, deren Aufstieg zur Weltliga des Kapitals weitgehend auf Pump finanziert war und die bei enger werdenden Märkten letztlich gegen die Konkurrenz der TNK keine Chance haben.

Im Ergebnis der Krise und mit dem Hebel von IWF/Weltbank werden die – teilweise noch abgeschotteten Ökonomien – aufgebrochen und der Expansion des transnationalen Kapitals zugänglich gemacht. Selbst Festungen wie die "Japan AG" werden geschleift, angeschlagene Automobil- und Finanzkonzerne der Schnäppchenjagd westlicher Multis ausgesetzt.

Im Rahmen der "Anpassungsprogramme", die vom IWF den bankrotten Schwellenländern verordnet werden, müssen staatliche Wirtschaftsbereiche privatisiert werden. Wie die UNCTAD in ihrem World Investment Report 2000 feststellt, ist der Erwerb ehemaliger Staatsbetriebe durch ausländische Investoren ein wesentlicher Grund für den Rekordmarsch der Direktinvestitionen.

## **8. Die sozialen und volkswirtschaftlichen Kosten werden von Zyklus zu Zyklus höher. Getragen werden sie wie eh und je von der arbeitenden Bevölkerung.**

Mit dem Platzen von Börsenblasen wie 1990 in Japan, von Nasdaq und Nemax dieser Tage oder mit der Baisse von Dow Jones und Dax wird kein Kapital vernichtet, sondern es "verbrennen" Papierwerte. Bis zu einem gewissen Grade erfolgt eine Wiederanpassung inflationierter Vermögenswerte an die realen Unternehmenswerte. Das Nachsehen haben in der Regel die Späteinsteiger-Kleinanleger, die, angelockt vom vermeintlich ewig währenden Börsenboom, ebenfalls die schnelle Mark machen wollten. Sie kauften zu Hoch- und Höchstkursen und erfahren nun, dass Aktienkurse auch rückläufig sein können. Sie sind die eigentlichen Verlierer der Aktienspekulation. Bei einer Verdoppelung der Aktionäre binnen drei Jahren in Deutschland sind das nicht wenige. Ihr Geld ist nicht weg oder vernichtet – es ist nur in den Taschen anderer. In der Regel ist es auf dem Konto einer Bank, eines Fonds oder anderer Spekulanten. Aktiencrashs führen im Ergebnis immer zu einer Umverteilung von Geldvermögen. Durch Shortselling/Leerverkäufe verdienen Spekulanten auch oder gerade an Baissen. Der parasitäre Charakter des Systems ist auf die Spitze getrieben.

Aber nicht nur die Kleinanleger tragen bei Crashes und Krisen die Kosten. Die Rechnung begleichen auch

- die Steuerzahler, die für die zig-Milliarden aufkommen müssen, mit denen der IWF bei seinen "Rettungsaktionen" die internationalen Banken und Fonds aus den Schwellenländern herauspaukt;
- die Steuerzahler in Form von Steuerausfällen, wenn die Banken ihre Problemkredite und "Hilfsaktionen" zur Rettung von Hedge-Fonds (LTCM) und anderen institutionellen Anlegern abschreiben;
- z.B. die japanischen Sparer und Steuerzahler, die die Billionen Yen zur Sanierung des japanischen Bankensystems aufbringen müssen;
- die Bevölkerung der Dritten Welt, die über Kürzung der Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsausgaben und verschärfter Ausbeutung für den Schuldendienst ihres Staates an das internationale Finanzkapital bluten muss;
- und andere mehr.

## **9. Die Krisen vergrößern die soziale Ungleichheit in der Welt: Sie vertiefen die Kluft zwischen Industrieländern und der Dritten Welt, sie verschärfen die Polarisierung innerhalb der Industrieländer.**

Die Südostasien-, Lateinamerika- und Krisen in anderen Schwellenländern beweisen: Eine nachholende Entwicklung ist unter kapitalistischen Bedingungen nicht mehr möglich. Diese Staaten werden jeweils an der Schwelle zum Club der Industrieländer wieder zurückgestoßen. Die Herrschaft der TNK ist global und total. Nur "Produktivitätsinseln" können sich in den Ländern der Peripherie noch aus dem Meer an Armut und Elend erheben, werden in das transnationale Verwertungsnetz der TNK eingesponnen.

Aber auch in den Industrieländern nimmt die Polarisierung in arm und reich mit jedem Börsencrash und jeder Rezession beschleunigt zu. Immer mehr Privat- und

staatliche Haushalte, aber auch zunehmend produktive Konzerne müssen sich überschulden, werden zur Beute des Finanzkapitals.

Beim Abgleiten in eine Rezession, selbst schon bei einem konjunkturellen Abschwung mit Verlangsamung des Wachstums, steigt die Zahl der Arbeitslosen wieder an. Das können auch keine Teilzeitjobs und kosmetische Korrekturen an der Arbeitslosenstatistik vertuschen. Aufgrund des Produktivitätsfortschritts werden immer weniger Menschen für die Schaffung der volkswirtschaftlichen Werte gebraucht.

## **10. Dem globalen Gespinnst des Kapitals muss ein Netzwerk des demokratischen Widerstands entgegengestellt werden.**

Im Zuge der Asienkrise begegnete Malaysia allen neoliberalen Diskriminierungen und Anfeindungen zum Trotz, der internationalen Spekulation erfolgreich mit Kontrollen des Kapitalverkehrs. Das Beispiel beweist: Auch unter den Bedingungen der Globalisierung ist politischer Gestaltungswille selbst eines kleinen Landes nicht zum Scheitern verurteilt. Allerdings sind Wirkung und Reichweite begrenzt. Soll die internationale Spekulation wirksam eingedämmt werden, bedarf es eines internationalen Vorgehens und der Durchsetzung von Maßnahmen wie etwa der Tobin-Steuer. Sollen Volkswirtschaften nicht länger zum Spielball des Finanzkapitals werden, müssen die Märkte demokratisch kontrolliert werden. Zur Bekämpfung einer sich anbahnenden Weltwirtschaftskrise, reichen Orakelsprüche eines Greenspan und dessen geldpolitisches Instrumentarium nicht aus. Notwendig wären dafür globale Konjunktur- und Beschäftigungsprogramme zur Entwicklung der Dritten Welt, zur Sanierung der Umwelt und Ressourcenschonung. Dazu sind die Regierenden der führenden Industrieländer als Statthalter von Multis und internationalem Finanzkapital weder willens noch fähig. Nur in dem Maße, wie sich Druck von unten entwickelt, über Bürgerbewegungen, über Gewerkschaften und NGOs kann die Macht des transnationalen Kapitals zurückgedrängt werden. Gegen das Spinnennetz der Multis und internationalen Banken, muss das Netz des demokratischen Widerstands aufgebaut werden. Vernetzte Aktionen gegen das MAI-Abkommen, gegen die WTO (Seattle), das Weltwirtschaftsforum und G-7-Tagungen sind dazu hoffnungsvolle Ansätze.